

**Rainer Dahlem**  
**GEW-Landesvorsitzender**

**Stuttgart, 10. Juli 2007**

**Sperrfrist: 10.07.07, 16.30 Uhr**

**Es gilt das gesprochene Wort!**

**Rede bei der Protestkundgebung „Wir sehen rot“  
am 10. Juli 2007 auf dem Stuttgarter Schlossplatz**

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

„Eine sichere Unterrichtsversorgung ist die Grundlage eines soliden und leistungsfähigen Schulsystems. In den kommenden Jahren wird die Schülerzahl zurückgehen. Alle aufgrund rückläufiger Schülerzahlen rechnerisch frei werdenden Lehrerstellen wollen wir für bildungspolitische Maßnahmen – vor allem für die frühkindliche Bildung, für den Ausbau der Ganztageschulen und den Aufbau eines Systems der Schulevaluation – einsetzen.“

So steht es in der Koalitionsvereinbarung von CDU und FDP, die am 10. Mai 2006, also wenige Wochen nach der Landtagswahl, unterschrieben und veröffentlicht worden ist.

Der Text lässt wenig Interpretationsspielraum zu. Er sagt aus, dass alle frei werdenden Lehrerinnen- und Lehrerstellen wieder besetzt und für pädagogische Maßnahmen zur Verbesserung der Unterrichtsversorgung und zur Qualitätsentwicklung verwendet werden.

Heute, ein gutes Jahr nach der Regierungserklärung von Ministerpräsident Oettinger, steht diese Landesregierung vor dem Scherbenhaufen ihrer Einstellungspolitik.

Der Wahlbetrug begann im Sommer 2006 mit der Ankündigung von Kultusminister Rau, 521 Stellen zu sperren – Grund für diese

Maßnahme seien die Schülerzahlen, die weitaus schneller zurückgingen als prognostiziert.

Die Frage allerdings muss erlaubt sein, für wie dumm der Kultusminister uns und die Öffentlichkeit hält, indem er uns weiszumachen versucht, dass Kinder, die vor sechs oder mehr Jahren geboren worden sind, plötzlich zu Tausenden von der Bildfläche verschwinden.

Damit wurden die ersten gut 700 Einstellungsmöglichkeiten zunichte gemacht.

Der zweite Teil des Wahlbetrugs folgte wenige Wochen später: Mit dem Argument, die Landesregierung wolle einen Numerus clausus an den Ausbildungsseminaren verhindern, wurde eine Verordnung auf den Weg gebracht, die vorsieht, dass Referendarinnen und Referendare, Anwärtinnen und Anwärter eine Stunde mehr unterrichten müssen und dafür 349 Stellen weggespart werden können – das sind weitere 500 Einstellungsmöglichkeiten.

Mit anderen Worten: Die Referendarinnen und Referendare rationalisieren durch ihre Mehrarbeit ihre eigenen Arbeitsplätze weg. Ich nenne dies nicht nur einen Skandal, sondern eine Provokation gegenüber den jungen Kolleginnen und Kollegen, die ab Ende Juli auf der Straße stehen.

Den dritten Teil des Wahlbetrugs haben wir gerade noch rechtzeitig verhindert. Wäre es nach dem Willen des Kultusministers gegangen, dann wäre die einstündige Altersermäßigung für wissenschaftliche Lehrerinnen und Lehrer an Gymnasien und Beruflichen Schulen ebenfalls gestrichen worden – das wären weitere 280 Stellen gewesen.

Aber wie gesagt – das haben wir vorläufig verhindert.

So weit die öffentlich sichtbaren Wahlbetrügereien. Darüber hinaus gibt es aber weitere – eher versteckte – Betrugsmanöver. Der

Kultusminister lässt keine Möglichkeit aus, an allen Ecken und Enden zu streichen oder zu kürzen. So werden die Mittel für Krankheits- und Elternzeitvertretungen drastisch gekürzt – mit verheerenden Folgen für die Arbeit an den Schulen.

Deshalb heißt die Botschaft des heutigen Tages: Wir protestieren gegen diesen Wahlbetrug, weil wir es einer Landesregierung nicht durchgehen lassen dürfen, dass eindeutige Zusagen gebrochen, die Unterrichtsversorgung an die Wand gefahren und Tausende junger Lehrerinnen und Lehrer arbeitslos werden und in Privatschulen und andere Bundesländer abwandern, während sie an den baden-württembergischen Schulen dringend gebraucht werden.

Besonders dramatisch ist die Situation an Grund- und Hauptschulen – von 2.600 Bewerberinnen und Bewerbern erhielten bis jetzt nur 330 ein Einstellungsangebot. Aber auch an den anderen Schularten werden bei weitem nicht alle qualifizierten Bewerber eingestellt.

Dass sich die Situation an den Grund- und Hauptschulen besonders stark verschlechtert, stellte alles, was wir wissen, auf den Kopf. Die Kleinsten und die Schwächsten müssen die Zeche einer verfehlten Bildungspolitik bezahlen.

Daran ändert auch das vor wenigen Tagen nach langen Wochen der Geheimniskrämerei verkündete Programm zur Rettung der Hauptschule nichts. Es sieht vor, dass in diesem Jahr 115 Stellen entsperrt und zu Beginn des Schuljahres besetzt werden können. Allerdings ist dies höchstens der berühmte Tropfen auf den heißen Stein.

Auch das zweite Element dieses Programms ist nicht nur wirkungslos, sondern eine Provokation für jeden nicht eingestellten Kollegen und jede nicht eingestellte Kollegin.

Nach dem Willen des Kultusministeriums sollen ab Februar 2008 etwa 300 pädagogische Assistenten zum Billigtarif befristet eingestellt werden.

Ich frage: Wie muss sich ein junger Hauptschullehrer, eine junge Hauptschullehrerin mit der Note 1,1 oder 1,2 vorkommen, wenn er/sie jetzt keine Stelle bekommt und ihm/ihr ein halbes Jahr später als Billiglehrer/in ein Job als pädagogische/r Assistent/in angeboten wird?

Ich finde, ein derartiges Verhalten ist unanständig, und daran gibt es nichts zu beschönigen.

Damit kein Missverständnis entsteht, will ich deutlich sagen: Es geht nicht darum, Kultusminister Rau allein an den Pranger zu stellen und zum Buhmann zu machen. Die Verantwortung für diese katastrophale Bildungspolitik trägt die gesamte Landesregierung einschließlich Ministerpräsident Oettinger, Finanzminister Stratthaus und die gesamte CDU – vom Koalitionspartner FDP hört man bildungspolitisch bekanntlich seit langem nichts mehr.

Dass der Regierung in Sachen Hauptschule bzw. gegliedertem Schulsystem keinerlei Argumente mehr einfallen, zeigt folgendes Beispiel, nachzulesen in der Südwestpresse vom 30. Juni 2007: „Hauptschule ja, Hauptschule nein? Der Südwestrundfunk ließ im Internet über Minister Raus Reform abstimmen. Er nutzte das Thema für eine Internet-Abstimmung. Kultusminister Rau schlägt den richtigen Weg ein, die Hauptschule ist reformierbar und muss erhalten bleiben, konnte man seit Dienstagnachmittag auf der SWR-Internet-Seite anklicken. Oder: Die Hauptschule ist nicht mehr zu retten. Sie sollte durch ein neues Schulsystem ersetzt werden.....

Als am Mittwoch etwa 2.500 Nutzer abgestimmt hatten und ein klarer Vorsprung der Kritiker gemeldet wurde, sprangen in der CDU-Landtagsfraktion die Ampeln auf Rot – der stellvertretende Pressesprecher eilte an seinen Computer, um eine brandeilige E-Mail abzusetzen: Man möge doch bitte die SWR-Seite aufrufen – zurzeit steht's ungefähr 44 : 56 gegen uns. Vielleicht können wir etwas Einfluss nehmen. Und siehe da: Am Donnerstag drehte sich die Einstellung zur Hauptschule um 180 Grad: Nach mehr als 1.300

neuen Klicks stand es gestern Nachmittag plötzlich 54,4 : 45,6 % für die Rettung der Hauptschule. Die CDU hatte ganz offensichtlich erfolgreich Front gemacht.“

Ich finde, dies ist ein Armutszeugnis für die Politik der Landesregierung. Wer Internetabstimmungen manipulieren muss, um dessen Argumente scheint es schlecht bestellt zu sein.

Was den Hauptschulen aber wirklich helfen würde, wäre – wenn man schon krampfhaft am gegliederten Schulsystem festhält – zusätzliche Lehrerstellen für kleine Klassen, bessere individuelle Förderung und ein sinnvoller Ganztagesbetrieb. Das wäre wesentlich wirkungsvoller als Internetabstimmungen zu manipulieren und die jungen Leute, die sich für den Stufenschwerpunkt Hauptschule entschieden haben, jetzt in die Arbeitslosigkeit zu schicken.

Eines ist klar: Die Unterrichtsversorgung wird sich im nächsten Schuljahr spürbar verschlechtern – und zwar in allen Schularten. Da aber nicht sein kann, was nicht sein darf, wird der Bedarf manipuliert oder werden fragwürdige Maßnahmen in die Diskussion gebracht – ich nenne zwei Beispiele:

1. Ein Schulamtsdirektor im Regierungsbezirk Stuttgart klagt in einem Rundschreiben an alle Schulleiterinnen und Schulleiter der Grund-, Haupt-, Real- und Sonderschulen darüber, wie knapp die Ressourcen im nächsten Schuljahr sind und dass keinerlei Spielräume bestehen. Er schreibt: „Bei den Planungsgesprächen werden vor diesem Hintergrund zunächst nur die Stunden für den Pflichtbereich sowie – unter Vorbehalt – die bereits gemeldeten Krankheitsvertretungsstunden auf dem Bedarfsmeldebogen notiert; Lehrerwochenstunden für weitergehende Vorstellungen der Schulen können einstweilen nicht zugesagt werden. Es ist allerdings davon auszugehen, dass andere für das Schulleben wichtige und mit Engagement und Kompetenz erfüllte Bereiche, was wir im Amt für Schule und Bildung ebenso bedauern wie Sie, aller Voraussicht nach nicht mehr bzw. nicht mehr in bisherigem Umfang über den

Ergänzungsbereich unterstützt werden können.“

Im weiteren Verlauf entwickelt der Schulamtsdirektor dann einen abenteuerlichen Vorschlag: „Ich möchte Sie ausdrücklich dazu ermuntern, die Handlungsspielräume, welche die Verwaltungsvorschrift „Eigenständigkeit der Schulen und Unterrichtsversorgung“ eröffnet, konstruktiv zu nutzen. Insbesondere die Möglichkeit der „Erwirtschaftung“ von Lehrerwochenstunden durch unterrichtsorganisatorische Maßnahmen (hierzu gehört beispielsweise auch die Kürzung der Unterrichtsstunden auf 40 Minuten, wodurch sich allein pro Woche und Klasse rund drei Lehrerwochenstunden gewinnen lassen) sollte ernsthaft geprüft werden.“

Ich kann nur sagen: Das ist Realsatire im schlechtesten Sinne. Während alle Welt von der Überwindung des 45-Minuten-Takts und der Einführung neuer Lernrhythmen redet, fällt der Schulverwaltung nichts anderes ein als den Vorschlag zu machen, die 45-Minuten-Stunde um 5 Minuten zu kürzen, um so neue Unterrichts- bzw. Lernzeit zu „erwirtschaften“ – kein Kommentar!

Ein anderer Amtsleiter beginnt seinen Brief an die Schulen wie folgt: „Sie kennen sicher die Geschichte: Eine Stimme aus dem Nichts sprach zu mir: Es hätte schlimmer kommen können. Und es kam schlimmer .....

2. In der Ludwigsburger Kreiszeitung vom 30. Juni 2007 steht unter der Überschrift „Gehorsam“ Folgendes zu lesen: „Karl Maier – der Name ist von mir geändert – ist ein furchtsamer Beamter. Einer, der die Kunst des Schlingerns meisterhaft beherrscht, wenn sich jemand nicht mit unverbindlichen Auskünften abspeisen lassen will. Zum Beispiel zur Lehrerversorgung im neuen Schuljahr im Landkreis Ludwigsburg. Doch er ist kein Einzelfall. Insider sprechen davon, Maier & Co. seien eben Schavan-geschädigt. Denn die jetzige Bundesministerin stellte als vormalige baden-

württembergische Kultusministerin jeden ihrer Beamten in den Senkel, der in der Öffentlichkeit auch nur einen Hauch von Kritik an politischen Entscheidungen übte. Deshalb verteidigt Karl Maier immer die Botschaften aus seinem Ministerium. Er pflegt den vorauseilenden Gehorsam. Er schaut peinlichst darauf, dass seine Schulen einen weitaus geringeren Bedarf an Lehrerstunden nach Stuttgart meldeten als fürs Schuljahr zuvor. Neben dem Pflichtunterricht soll es weniger Angebote wie Arbeitsgemeinschaften geben.

Maier ist auf Kurs: Das Land muss sparen. Die Politik hat sich so heftig im selbst auferlegten Ziel einer baldigen Netto-Neuverschuldung Null verfangen, dass dies auch die Schulen spüren werden. Schlecht ausgebildete Kinder, die schrumpfende Schuldenberge des Landes bestaunen – wenn das keine Perspektiven sind.“

Diesem Artikel ist eigentlich nichts hinzuzufügen.

Wenn es richtig ist, dass Bildung unser einziger Rohstoff ist, dann müssen die Politikerinnen und Politiker endlich begreifen, dass Bildungsausgaben Investitionen in die Zukunft und keine lästigen Kosten sind. Wenn in wenigen Wochen die neue Stuttgarter Messe eingeweiht wird, die immerhin 800 Mio. Euro kostet, dann werden alle wieder von dieser großartigen Zukunftsinvestition schwärmen. Gleiches gilt, wenn in wenigen Tagen über Stuttgart 21 entschieden wird. Nur wenn es um die Zukunft unserer Kinder und Jugendlichen geht, dann redet alle Welt vom Sparen und den hohen Kosten.

Und deshalb protestieren wir gegen die drohende Arbeitslosigkeit von über 5.000 Lehrerinnen und Lehrern in Baden-Württemberg. Damit diese Botschaft im ganzen Land bekannt wird, lassen wir jetzt 5.000 Luftballons steigen und jeder einzelne steht symbolisch für einen arbeitslosen Lehrer, eine arbeitslose Lehrerin.

Ich fordere den Ministerpräsidenten auf, zu einer seriösen Personalpolitik zurückzukehren. Wer das Kinderland Baden-Württemberg propagiert und sich selbst ernst nimmt, der kann nicht zusehen, dass Lehrerstellen gestrichen werden, obwohl an den Schulen alles andere als paradiesische Zustände herrschen.

Ich fordere den Ministerpräsidenten auf, den Wahlbetrug zurückzunehmen und alle gesperrten, gestrichenen und verschobenen Lehrerstellen zur sofortigen Besetzung freizugeben.

Ich fordere den Ministerpräsidenten auf, dafür zu sorgen, dass der Klassenteiler gesenkt und an den Schulen endlich die Zeit zur Verfügung gestellt wird, damit individuelle Förderung nicht nur auf dem Papier steht, sondern zur pädagogischen Realität im Klassenzimmer wird.

Ich fordere den Ministerpräsidenten auf, eine für die jungen Menschen verlässliche und kalkulierbare Personalpolitik zu betreiben, welche die Anforderungen an eine gute Schulbildung erfüllt.

Wir werden keine Ruhe geben und weiter für die Einstellung unserer jungen Kolleginnen und Kollegen kämpfen. Dazu brauchen wir die Unterstützung aller, die eine bessere Bildung für unsere Kinder und Jugendlichen wollen. Wir brauchen aber auch die Unterstützung der direkt Betroffenen.

Ich danke allen, die heute trotz Schuljahresendestress nach Stuttgart gekommen sind. Besonders danke ich denjenigen, die bei unserer Kundgebung das Wort ergriffen haben – Melanie Steinmetz, Pascal Kurz, Walter Enzer, Nina Gbur und Uta Adam. Ich finde, ihr habt das klasse gemacht!

Wir hören jetzt noch Musik von Banda Maracatú und anschließend ist die Kundgebung geschlossen.